

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017

Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/112

Von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Europäischen Union (EU), Teil 1

Jede Regierung kann, wie jede Familie, ein Jahr lang mehr ausgeben als sie einnimmt. Sie und ich wissen aber, daß diese Gewohnheit auf die Dauer zum Armenhaus führt.

Franklin Delano Roosevelt (1882-1945, nordamerikanischer Politiker)

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet. Die "Römischen Verträge" traten am 1.01.1958 in Kraft. Der deutsche CDU-Politiker Walter Hallstein wurde erster Präsident der EWG-Kommission in Brüssel.

Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894-1972, österreichisch-ungarisch-japanischer Herkunft, Begründer der Pan-Europabewegung bzw. der Europäischen Union) schrieb bereits im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie und die Bildung von Pan-europa (x903/..., x056/14): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus"

bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

>>Europäer! Europäerinnen!

In europäischen Fabriken werden täglich Waffen geschmiedet, um europäische Männer zu zerreißen. ... Europas Politik steuert einem neuen Kriege zu. ... Eine Krise löst die andere ab. Dieser Vernichtungskrieg, den die europäische Politik vorbereitet, wird an Schrecklichkeit den (Ersten) Weltkrieg ebenso weit hinter sich lassen, wie dieser den deutschfranzösischen (Krieg von 1870/71). ... Sein Ziel (wird) die Ausrottung der feindlichen Nation (sein). ... Das zersplitterte Europa geht somit einer dreifachen Katastrophe entgegen; dem Vernichtungskrieg, der Unterwerfung durch Rußland, dem wirtschaftlichen Ruin.

Die einzige Rettung ... ist: Paneuropa; der Zusammenschluß aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einem Verband. Die Gefahr des europäischen Vernichtungskrieges kann nur gebannt werden, durch einen paneuropäischen Schiedsvertrag; die Gefahr der russischen Herrschaft ... nur ... durch ein paneuropäisches Defensivbündnis; die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins ... nur durch eine paneuropäische Zollunion. Der Schiedsvertrag sichert den Frieden – das Bündnis sichert die Freiheit – die Zollunion sichert die Wirtschaft.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 24.03.2007) über die Römischen Verträge (x887/...): >>>Europa ist mehr als nur Kohle und Stahl

Europas Einigung hatte nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Gebieten Kohle und Stahl angefangen. 1951 hatten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion) einen Anfang gemacht.

Der Versuch, die europäische Einigung auf den militärischen Bereich mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) auszudehnen, scheiterte 1954 an der französischen Nationalversammlung. Obwohl die Bundesrepublik in dieser Gemeinschaft eindeutig diskriminiert werden sollte, waren in Frankreich die Vorbehalte dagegen, auf dem sensiblen Gebiet der Verteidigung Kompetenzen an einen Zusammenschluß mit den Deutschen abzugeben, für viele zu groß. So wurde versucht, die Einigung zuerst einmal auf andere, zivile Gebiete auszudehnen. ... Neben einer europäischen Atomgemeinschaft wurde ein gemeinsamer Binnenmarkt als Ziel formuliert, und es wurden auch schon erste konkrete Schritte zur Verwirklichung dieser Pläne vereinbart.

... Atomminister Franz Josef Strauß hingegen wollte die Atomkraft lieber in Zusammenarbeit mit den USA als mit Frankreich nutzen. Der frankophile Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte jedoch in der bundesdeutschen Kanzlerdemokratie die Richtlinienkompetenz und nutzte sie. Frankreich wiederum fürchtete wegen seiner Wettbewerbsschwäche die Konkurrenz der fünf anderen europäischen Staaten im gemeinsamen Binnenmarkt. Den Franzosen wurde ihre Zustimmung damit versüßt, daß ihnen die Subventionierung ihrer Landwirtschaft mit deutschen Steuermitteln in Aussicht gestellt wurde. Das ist die Geburtsstunde der gemeinsamen Agrarpolitik, die als Umverteilungsmaschinerie die Aufgabe hat, Steuergelder ohne Gegenleistung aus stärker industrialisierten Mitgliedsstaaten wie der Bundesrepublik in schwächer industrialisierte zu pumpen.

Ein weiterer, politischer Vorteil des Europas der Sechs kam bei der Grande Nation dazu. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker formulierte es vorletzten Freitag gegenüber dem Deutschlandfunk wie folgt: "Frankreich hatte ein großes Interesse daran, gleich nach dem Kriege gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland und vier anderen Partnern schnell eine europäische Gemeinschaft aufzubauen und auf diese Weise auch wieder unter französischer Führung eine Stimme zur Geltung zu bringen in einem weltpolitischen Sinn." ...<<

Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen förderten den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Die Industrieproduktion stieg von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/215).

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x313/386-387): >>Die Bundesrepublik Deutschland nahm nach dem Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Gegner wie Freunde nur mit ungläubigen Augen verfolgen konnten.

Die Wirtschaft faßte relativ früh wieder Tritt. Deutsche Ingenieure und deutsche Wissenschaftler legten sich ins Zeug. In kürzester Zeit verfügte Deutschland schon wieder über eine der besten Infrastrukturen Europas. Das flächenmäßig kleine Land im Herzen Europas hatte in der Vergangenheit zahlreiche blitzgescheite Köpfe hervorgebracht; das gereichte Deutschland jetzt zum Vorteil. Nahezu in jedem Fachgebiet und jeder Wirtschaft fand sich nun erneut ein berühmter Name deutscher Herkunft.

Die Industrie zog an und erlangte binnen weniger Jahrzehnte wieder Weltbedeutung – denken wir nur an die Elektro-Industrie, den Maschinenbau oder an die deutschen Autos. Der Export boomte. Die Statistiken schrieben eine fast ungebrochene Erfolgsgeschichte. "Schon zwischen 1948 und 1952 stieg die deutsche Industrieproduktion um 110 Prozent und das reale Bruttoinlandsprodukt um 67 Prozent." Die Stahlproduktion, 1946 praktisch nicht existent, entwickelte sich zur größten Europas mit über 34 Millionen Tonnen im Jahre 1960.

Ähnliche märchenhafte Expansionsraten erreichten andere wichtige Industriezweige. Das Bruttoinlandsprodukt liest sich in dürren Zahlen wie folgt:

1952 = 32 Milliarden Dollar,

1962 = 89 Milliarden Dollar,

1979 = 600 Milliarden Dollar,

2000 = über 1.000 Milliarden Dollar.

Im Jahre 1960 betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1.186 Dollar – in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2.491 Dollar. 1970 aber sah es bereits folgendermaßen aus:

In der Bundesrepublik Deutschland verdiente man im Durchschnitt 10.837 Dollar, in den USA lediglich 9.595 Dollar. Die Deutschen hatten sogar die "erfolgreichste Nation der Welt" überholt. Nach kürzester Zeit hatte Deutschland zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht wieder eine der führenden Positionen auf dem Globus inne. "Made in Germany" wurde Inbegriff für Präzision und Langlebigkeit – ein Prädikat, mit dem allenfalls die Schweizer Uhren mithalten konnten.<<

Am 28. Januar 1963 brach die französische Regierung die Beitrittsverhandlungen wegen der Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft ab (x128/283).

Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<

Am 8. April 1965 wurde ein Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, Euratom) unterzeichnet. Aufgrund dieses Fusionsvertrages wurden die Organe von Montanunion, EWG und Euratom zu einem gemeinsamen Rat und einer gemeinsamen Kommission der "Europäischen Gemeinschaften" zusammengeschlossen. Der Fusionsvertrag trat am 1. Juli 1967 in Kraft.

Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS). Die Staats- und Regierungschefs der EG verhandelten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag über die Vollendung des Binnenmarktes, Beschleunigung der europäischen Einigung und Erweiterung der EG. Sie beschlossen, bis 1980 die Einführung einer stufenweisen Wirtschafts-

und Währungsunion (WWU).

Die Regierungen von Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen schlossen am 22. Januar 1972 Beitrittsverträge mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ("EG"). Die Beitrittsverträge traten am 1. Januar 1973 in Kraft. Da sich die norwegische Bevölkerung später in einer Volksabstimmung gegen den Beitritt aussprach, wurde Norwegen kein EG-Mitglied.

Am 24. April 1972 gründeten die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten den Europäischen Währungsverbund (erster Schritt zu einer Währungsunion).

Die Staats- und Regierungschefs der EG beschloss am 19./20. Oktober 1972 den weiteren Ausbau der Gemeinschaft zur Europäischen Union und die Verwirklichung der WWU.

Der EG-Rat beschloß am 2. April 1973 die Errichtung eines "Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit".

Die EG unterzeichnete am 14. Mai 1973 ein Freihandelsabkommen mit Norwegen. Das Abkommen trat am 1.7.1973 in Kraft.

Die EG beschloß am 22. Juli 1975 die Errichtung eines Europäischen Rechnungshofes (Sitz: Luxemburg).

Der Europäische Rat beschloß am 6./7. Juli 1978 in Bremen ein Europäisches Währungssystem (EWS) und eine Europäische Währungseinheit (ECU).

In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit dem 7. Juni 1979 in allgemeinen und direkten Wahlen alle fünf Jahre gewählt.

In Straßburg fand vom 17.-20. Juli 1979 die erste Tagung des direkt gewählten Europäischen Parlaments statt. Simone Veil wurde zur ersten Präsidentin des Parlaments gewählt.

Am 1. Januar 1981 trat Griechenland als zehntes EG-Mitglied der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei.

Die Bevölkerung Grönlands stimmte am 23. Februar 1982 in einer Volksbefragung für den EG-Austritt.

Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.

In Maastricht schlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union (EU) mit einer einheitlichen stabilen Währung. Grundlagen der Europäischen Union (EU) waren:

1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.

Der Vertrag von Maastricht sollte am 7. Februar 1992 unterzeichnet werden und am 1. November 1993 in Kraft treten. Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

Am 1. Januar 1993 trat in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger konnte sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hatte und krankenversichert war.

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe wies am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab und bestätigte die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages über

die Europäische Union, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (42/1993) berichtete am 18. Oktober 1993 über den Vertrag von Maastricht: >>Neues vom Turmbau zu Babel

Die Richter in Karlsruhe hatten eine Aufgabe zu bewältigen, vor die wohl noch kein seriöses Verfassungsgericht der Welt gestellt war. Ernsthaft konnten sie nicht erwägen, die Verträge von Maastricht in ihrer jetzigen Form abzulehnen und Neuverhandlungen zu verlangen. So bedienten sie sich des üblichen Richtertricks. Sie gaben der Bundesregierung grünes Licht und führten in ihrer 85 Seiten starken Begründung aus, warum sie eigentlich den Klägern hätten recht geben müssen.

Hätte Deutschland als einziges Land die schludrig und inkonsequent ausgehandelten Verträge zu Fall gebracht, wäre dies einer Katastrophe gleichgekommen. Dergleichen durfte man von den Richtern nicht erwarten.

Aber wie kam es dazu, daß die Richter in eine solche Lage gerieten? Weil in der Bundesrepublik bis in die Regierungsspitze hinein nicht ernsthaft über die Probleme, die zu Maastricht führten, diskutiert worden war. Die Wähler mußten arglos gehalten werden.

So billigte die Bundesregierung in Maastricht ein Monstrum, das weder einen Bundesstaat zum Ziel hatte noch einen föderativen Staatenbund. Den Richtern fiel dazu das schöne Wort "Staatenverbund" ein, sie konnten nicht gut, wie Margaret Thatcher, die Definition "künstlich geschaffener Mega-Staat" wählen. Da sie sich selbst bisher etliche Befugnisse zuerkannt hatten, die nicht in die Rubrik höchstrichterliche Selbstbeschränkung fallen, mußte nicht nur jetzt verhandelt werden; es sind weitere Klagen zu erwarten.

Alle Welt stimmt nun darin überein, daß die Regierungen und die Euro-Bürokratie ihre Mittel ausgereizt hätten. Der Bundespräsidentenskandidat der Union, Steffen Heitmann, weist darauf hin, daß Europa nicht von oben verordnet werden könne. Künftig müßten die Regierungen vor ihren Wählern genauer begründen und rechtfertigen, warum und mit welchen Zielen sie Hoheitsrechte abgeben wollen.

Aber hier liegt ja der Hase im Pfeffer. Man hat den Deutschen eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie es seien, deren Mark man schwächen wolle, indem man sie vergesellschaftete. So gar Präsident Mitterrand hat sich in vornehmer Weise an diesem unlauteren Spiel beteiligt. Hätten er und seine Büchsenspanner das nicht getan, wäre Maastricht schon an dem Referendum der Franzosen gescheitert.

Le Figaro, altberühmte Tageszeitung Frankreichs, verglich Maastricht frohgemut mit dem Versailler Vertrag von 1919, der beträchtlich zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. So ließ er sich vernehmen:

"Die Gegner von Maastricht fürchten auch, daß die Einheitswährung und die europäische Zentralbank die Überlegenheit der Mark und der Bundesbank festigen würden.

Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn der Vertrag angewandt wird, muß Deutschland seine Geldmacht teilen, die es heute gebraucht und mißbraucht, indem es sich die Wiedervereinigung vom Ausland bezahlen läßt."

"Deutschland wird zahlen, sagte man in den zwanziger Jahren. Heute zahlt es: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."

Diese Argumentation war bei uns nicht werbewirksam. Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber schrieb an Kohl, er halte Maastricht für einen Irrweg.

Obwohl man sich im Kreise der Regierungschefs befriedigt zeigt, machen die Ministerialbeamten säuerliche Gesichter. Zu deutlich haben die Karlsruher Richter die Klippen des Vertrages aufgezeigt. ...<<

Am 1. November 1993 der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union trat in Kraft (Gründung der Europäischen Union bzw. EU).

Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Mai 1994 in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 (x853/...): >>EUropa – "das gemeinsame Haus"?

... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:

"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expresß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasia-land."

Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.

Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expresß ohne Wiederkehr in die Heimat.

Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen. ...

5. Das "Haus Europa" wird im "sozialen Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein

Das Ziel der europäischen Sozial-Union ist es, den "sozialen Fortschritt durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu fördern", die "Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken" und "dem relativen Wohlstand der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen". (EU-Vertrag Protokolle, S. 237 ff.)

Weiterhin aber auch "Hebung der Lebenshaltung" in den Mitgliedsstaaten, insgesamt also die "Verbesserung und 'Angleichung' der Lebensbedingungen". (Art. 117 EG-Vertrag)

"Angleichung" wird so verstanden, daß den unterdurchschnittlich Wohlhabenden dazugegeben, was den überdurchschnittlich Wohlhabenden weggenommen wird - ganz sozial - sozialistisch. ...

- Die "schwachen" Länder und Regionen der EU sind zufällig auch die, die dem leistungsfeindlichen Sozialismus/Kommunismus frönen, nämlich Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich. ...

Im 20-Jahresdurchschnitt streikten die italienischen Arbeitnehmer 26mal so viel und die spanischen Arbeitnehmer 17mal so viel wie die deutschen Kollegen.

Wer in der EU wenig leistet und oft streikt, erhält viel Strukturbeihilfen aus Brüsseler Fonds, wer in die "Hände spuckt und das Sozialprodukt hebt", erzeugt unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen und wird Nettozahler auf dem Umverteilungskarussell. Auf diese Weise will der Minister-Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stärken, die Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen und die Streikfreude "vergolden".

Zu den "starken" Staaten zählen Deutschland, England, Frankreich und Italien. Diese sind

Nettozahler, jene Nettoempfänger aus den Fettöpfen der EU. ...

- Nach dem Bundesbankbericht Nr. 11/93 war Deutschland 1992 mit 19,4 bis 22 Mrd. DM größter Nettozahler - Zahlmeister der EU. Großbritannien erhält auf die Euro-Fahrkarte einen Sozialrabatt von 60 % und zahlt statt 10,7 nur 4,7 Mrd. DM, Frankreich ist Nettozahler von 2,8 Mrd. und Italien von 1,0 Mrd. DM.

Deutschland zahlt also rd. 30 %, mit der Tendenz zu 38 % der EU-Ausgaben

Deutschland zahlt das 6 1/2fache von Frankreich

Deutschland zahlt (netto) 2 1/2mal mehr als Frankreich, England und Italien zusammen zahlen

Deutschland zahlt 1,5 Mrd. DM mehr, weil England 6 Mrd. DM Preisnachlaß durchsetzen konnte.

Diese Lastenverteilung soll die "Solidarität zwischen den Mitgliedern der EU stärken", die Lebensbedingungen angleichen und die Lust auf Europa verstärken.

Im gleichen Jahr erhielten

Irland rd. 4 Mrd.

Portugal 4 Mrd.

Spanien 5 Mrd.

Griechenland 7 Mrd. = insgesamt 20 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt.

Damit sollen Verkehrswege, Rohr- und Kabelnetze in den sozialschwachen Staaten gebaut werden, um so die Produktivität und das Einkommensniveau dieser Staaten und die "Lebenshaltung" der Griechen, Südtaliener, Spanier und Portugiesen zu "heben".

Dafür werden in den nächsten 6 Jahren 800 Mrd. DM benötigt - davon 33 % von Deutschland aufzubringen.

Deutschland "exportierte" also allein in 1992 zwischen 38.000 und 44.000 Arbeitsplätze ans Mittelmeer, wenn man unterstellt, daß ein deutscher Arbeitsplatz 1/2 Mio. DM kostet.

- Schließlich drängt sich die Frage auf, warum Deutschland den vier "schwachen" Ländern die 19-22 Mrd. DM nicht direkt überweist, erst Brüssel dazwischenschaltet. Das könnte erstens die Solidarität der vier Beschenkten mit dem Schenker erhöhen, das könnte zweitens einige von den 25.000 Umverteilungsplanstellen in der Brüsseler Beamtenhierarchie einsparen, und das könnte schließlich die Empfängerländer daran gemahnen, daß auch bei der Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik (Art. K 1 EU-Vertrag) Solidarität, Zusammenarbeit und gerechte Lastenverteilung zur "Erreichung der gemeinsamen Ziele der Union" gefordert sind. Auf diesem Gebiet besteht zwar kein Demokratie-, wohl aber ein Gerechtigkeitsdefizit und großes Sozialdefizit.

Deutschland hat bis 1992 insgesamt 177 Mrd. DM in die Euro-Fonds eingezahlt und wird bis 1999 weitere 200 Mrd. einzahlen müssen, rd. 100 Mrd. DM mehr als ihm im Versailler "Vertrag" aufoktroiert wurden. B. Bandulet: "Maastricht, das ist Versailler Vertrag ohne Krieg". In den Augen prominenter französischer Politiker (Ph. Seguin, M. Rocard) ist die Europäische Union ein Instrument, um Deutschland zu fesseln. ...

Für Europa darf es keine "neuen Gräben", keine Grenzen geben, jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden" (Art. 0 MV). Bei den "Beitrittsprämien", die in Aussicht stehen, ist es gar nicht verwunderlich, daß Norwegen, Schweden und Finnland, Litauen, Estland und Lettland, Polen, Ungarn, Tschechien und Ukraine, Österreich, Türkei und Malta ihre Beitrittsbereitschaft bekunden oder den Antrag schon gestellt haben, wie die Schweiz. Zwei wahrscheinlichen Nettozahlern (Österreich und Schweden) stehen mindestens zehn Nettoempfänger gegenüber, die alle gleiches Stimmgewicht, aber höchst unterschiedliche Zahllasten erhalten, zweimal zu Lasten der Deutschen.

Die Umverteilung von West nach Ost geht jetzt richtig los. ...

Nettozahlungen an die EU (in Mrd. DM)

1976 (3,3)
1978 (2,3)
1981 (6,4)
1983 (6,0)
1986 (8,2)
1988 (13,0)
1991 (19,0)

Die deutsche Bruttozahlung hat sich von 1978 bis 1991 verdreifacht, von 1983 bis 1991 verdoppelt und von 1988 bis 1991 um 30 % erhöht.

Demgegenüber hat sich die deutsche Nettozahlung an die EU von 1978 (2,3 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) verachtfacht (!) von 1983 (6,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) mehr als verdreifacht von 1988 (13,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) um 50 % erhöht.

Haushaltsausgaben der EU (in Mrd. DM)

1981: 44,7
1983: 55,4 = 23 % + in 2 Jahren
1985: 62,7 = 13 % + in 2 Jahren
1987: 73,1 = 16 % + in 2 Jahren
1989: 85,6 = 17 % + in 2 Jahren
1991: 113,3 = 32 % + in 2 Jahren
1992: 128,8 = 6 % + in 2 Jahren

...

Die Haushaltsausgaben der EU haben sich von 1983 bis 1991 verdoppelt, von 1988 bis 1991 sind sie um 43 % gestiegen. Das Haushaltsvolumen der EU von 1981 bis 1994 expandierte exzessiv um 300 %, die deutsche Nettozahlung 78/91 explodierte um 800 %.

Das ist ungerecht und Ausbeutung der Deutschen, weil deutsche Politiker in Brüssel Euro-Interessen gegen deutsche Interessen durchsetzen, ganz im Gegensatz zu französischen, englischen, spanischen, griechischen Politikern. ...

6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschafts-Einheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein

... Die "Unwiderruflichkeit" der Währungs-Union wurde auf "deutschen Antrag" hin in den Maastrichter Vertrag aufgenommen (Fr. Mitterand). Die Währungs-Union der 11 Mitgliedsstaaten begann am 1.1.1994 mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), Sitz Frankfurt/M. Dieses Institut soll die Voraussetzungen für die Währungs-Union schaffen und ab sofort die "Koordinierung der Geldpolitiken" der Mitgliedsstaaten verstärken, verschiedenste Konsultationen durchführen, die technische Einführung der Euro-Währung (ECU) vorbereiten und die Währungsreserven der nationalen Notenbanken schrittweise übernehmen und verwalten. Damit erhält Brüssel direkten und unkontrollierbaren Zugriff auf deutsche und andere nationale Währungsreserven.

- Aber nicht nur die Währungsreserven (120 bis 200 Mrd.) sondern auch die Schuldengebirge der 12/16 Mitgliedsstaaten werden internationalisiert. Die Mitgift der Deutschen 200 Mrd. Reserven und 2.000 bis 3.600 Mrd. Schulden, von der Mitgift Griechenlands, Belgiens, Italiens gar nicht zu reden.

Im "Zentralbankrat" der EZB hat Deutschland eine oder zwei Stimmen von 12, 16 oder 24-formal ganz demokratisch: one man, one vote. ...

Auf dem Internationalsozialismus lassen sich keine "gemeinsamen Häuser" errichten, weil bald alle durchschnittlich arm sind und nichts mehr umzuverteilen ist. ...

Die Architekten und Baumeister des "Gemeinsamen Hauses" sind sich darin einig, daß alle Länder des Kontinents vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik, vom Nordpol bis zum Äquator unter einem Staat, unter einer Regierung, einer Verfassung, einem Recht zusammengefaßt

werden sollen. ...<<

Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnte die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union (EU) ab (x175/877).

Ungarn und Polen beantragten im Jahre 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.

Finnland, Österreich und Schweden traten am 1. Januar 1995 der EU bei. Die Europäische Union umfaßte jetzt 15 Mitglieder.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. April 1995: >>**Deutsche sind in ihren Urlaubsländern wenig beliebt**

... Deutsche sind in den von ihnen bevorzugten Urlaubsländern nur wenig beliebt. Wie eine am Mittwoch veröffentlichte Umfrage in 8 Ländern im Auftrag des Magazins "Stern" ergab, landete Deutschland in einer Sympathie-Hitliste der befragten Nationen zusammen mit England auf dem vorletzten Platz. Nur die Türken waren noch unbeliebter. ...

Lediglich in den USA, Österreich und Frankreich findet eine Mehrheit der Bevölkerung die Deutschen sympathisch. Dagegen sind Bundesbürger in Griechenland bei nicht einmal einem Viertel beliebt. Fast jeder zweite Grieche kann die Deutschen sogar nicht ausstehen. Auch in Spanien mag sie nur jeder Dritte. ...

Nur in einem sind sich die anderen Nationen in ihrem Urteil einig über die Deutschen: Man hält sie für überdurchschnittlich tüchtig und umweltbewußt.<<

Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.

Rumänien, die Slowakei, Lettland, Estland, Litauen und Bulgarien beantragten im Jahre 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.

Die tschechische Republik beantragte am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.

Die "Frankfurter Rundschau" berichtete am 9. Mai 1997 über die Auswirkungen des EU-Binnenmarktes für den deutschen Arbeitsmarkt (x303/204): >>... Aufgebrachte Bauarbeiter haben gegen "Lohndumping" (geringe Lohnzahlungen zur Ausschaltung der Konkurrenz) protestiert. ...

Hartmut N.: "Die Arbeitgeber wollen mir die Hälfte vom 13. Monatsgehalt stehlen und 20 Prozent bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall."

Über 200.000 Arbeiter aus den EU-Ländern und 30.000 aus osteuropäischen Staaten sind derzeit in Deutschland beschäftigt – gleichzeitig sind 400.000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos.

10 Prozent Stammpersonal, 90 Prozent Billiglohnarbeiter – dieses Verhältnis ist fast typisch für die Branche.

Der vorgeschriebene Mindestlohn von 17 Mark pro Stunde wird immer wieder unterlaufen (teils bis zu 4,50 DM Stundenlohn). Ohnehin liegt er deutlich unter dem Tariflohn von 25 Mark (den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände verbindlich ausgehandelt haben).

Die Gewerkschaften protestieren gegen die europaweite Umverteilung von unten nach oben.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. September 1997: >>**Deutsche zahlen halbe Milliarde**

... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.

In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1998: >>>Vertriebene zweifeln an EU-Reife Polens

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat erneut die EU-Reife Polens in Frage gestellt.

Präsidentin Erika Steinbach kritisierte ... in Bonn die Zurückweisung einer Entschließung des Bundestages zum Thema Heimatvertriebene durch das polnische Parlament. "Sollte Polen bei dieser Haltung bleiben, dann ist es nicht reif für die Europäische Union", betonte Steinbach. Polen und Deutschland müßten sich vorher um eine Lösung der Vertriebenen- und Vermögensfragen bemühen, weil sonst die noch ungelösten Probleme in der EU wie ein "Eiterherd" wirken würden.

Es widerspreche dem europäischen Geist, wenn Polen nach seiner Aufnahme in die Europäische Union den deutschen Vertriebenen nicht einmal die selbstverständlich in Europa geltenden Rechte wie Freizügigkeit oder Niederlassungsfreiheit einräumen wolle. "Es ist nicht hinzunehmen, daß der polnische Sejm die offenen Vermögensfragen jetzt plötzlich für unantastbar erklärt."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. September 1998: >>>Vertriebene fordern Entschädigung

Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert.

Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn.

BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck (x851/...): >>... Die Osterweiterung der EU kann eine gute Sache sein. Gewiß gibt es Staaten, die europareif sind, vor allem Staaten die den europäischen Mindeststandard in Menschenrechte erfüllen, so die baltischen Staaten, die u.a. Rückkehrrecht und Wiedergutmachung gewährt haben.

Meines Erachtens haben weder Polen noch Tschechien diesen Mindeststandard erreicht. Was noch schlimmer ist, anscheinend wollen sie es nicht erreichen. Somit denke ich, daß die Osterweiterung der EU nicht unbedingt zu begrüßen ist, wenn sie auf Kosten der historischen Wahrheit forciert wurde, auf Kosten der nationalen Ehre, und schließlich auf Kosten der Vertriebenen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 1998: >>>Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik

... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...

Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen: "Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."

Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später (am 22.08.2004) während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über ähnliche Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (x851/...): >>... Als Völkerrechtler muß ich betonen, daß jeder Staat eine Verpflichtung zum diplomatischen Schutz der eigenen Bürger hat. Dies ist Völkergewohnheitsrecht. Wenn ein Staat Privateigentum von Bürgern anderer Staaten konfisziert, besteht eine Völkerrechtsverletzung, die das Recht auf Wiedergutmachung mit sich bringt. Es ist halt die Aufgabe des Staates, dieses Recht auf Wiedergutmachung zu behaupten. Tut der Staat dies nicht, so soll und muß der Staat selber seine Bürger entschädigen.

Als Völkerrechtler muß ich aber auch auf das Prinzip der Gleichheit hinweisen. Wenn alle Opfer - Juden, Polen, Tschechen - eine Wiedergutmachung bekommen – nur die Deutschen nicht - dann liegt eine Diskriminierung vor, und dies stellt eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte dar. Dies ist eine Frage, die nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, Gegenstand eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, sowie auch vor dem UNO Menschenrechtsausschuß in Genf sein könnte.

Als Amerikaner kann ich absolut nicht begreifen, warum Bundeskanzler Schröder derart diskriminierende Worte in Warschau ausgesprochen hat. Denn sämtliche deutschen Regierungen haben bisher die korrekte völkerrechtliche Haltung vertreten, nämlich daß die Vertreibung ein Unrecht war, und daß die Konfiskationen von Privateigentum ebenfalls völkerrechtswidrig waren. Mit seinen Worten hat Bundeskanzler Schröder die Vertriebenen im Stich gelassen. Ich kann mir keinen amerikanischen Präsidenten ... (vorstellen), der auf die Rechte der amerikanischen Bürger so verzichten würde, wie Herr Schröder es getan hat.

Professor Dieter Blumenwitz der Universität Würzburg kommentierte neulich, daß wenn der Eigentumsbesitz eines deutschen Bürgers von einem ausländischen Staat bedroht sei, müsse die Bundesregierung ihm diplomatischen Schutz gewähren. ...

"Zwei andere Fragen von fundamentaler Bedeutung werden durch die Kanzler Äußerungen aufgeworfen:

Erstens, wenn die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen, wobei zwei Millionen ihr Leben verloren haben, kein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt, was war sie dann?

Zweitens, wenn anderen Opfern Rückkehrrecht und Restitution gewährt wird, nach welchem Recht und nach welcher Moral kann man die Deutschen anders behandeln?

Beide Fragen sind vom Prinzip der Gleichheit und vom Prinzip der gemeinsamen menschlichen Würde untrennbar. Man kann den Deutschen Vertriebenen eine Wiedergutmachung nicht verweigern, ohne dabei eine völkerrechtswidrige Diskriminierung zu begehen." ...<<

Am 1. Januar 1999 trat die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft. Der Euro wurde zur Währung der elf Teilnehmerländer und neben dem Dollar zu einer neuen globalen Währung. Der Euro wurde zunächst nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr eingeführt. Banknoten und Münzen kamen erst am 1. Januar 2002 in Umlauf. Die EZB übernahm die Verantwortung für die europäische Geldpolitik. Um die Stabilität der neuen gemeinsamen Währung zu sichern, wurde im Maastrichter Vertrag festgelegt, daß das gesamtstaatliche Defizit jedes Mitgliedstaates drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und der staatliche Schuldenstand 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten sollte.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...

Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... (die) Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<

Das "Jahrbuch Nr. 1 Aktuell" des "Harenberg Lexikon-Verlags" berichtete im Jahre 1999 über die Europäische Union (x096/214-216):

>>... EU-Haushalt/Deutsche Beiträge: ... In den Jahren 1992 bis 1998 betrug die deutschen Nettozahlungen an die EU (deutsche Zahlungen an EU abzüglich EU-Zahlungen an Deutschland):

1991 = 19,0 Mrd. DM

1992 = 22,1 Mrd. DM

1993 = 23,7 Mrd. DM

1994 = 27,6 Mrd. DM

1995 = 26,1 Mrd. DM

1996 = 22,5 Mrd. DM

1997 = 22,5 Mrd. DM

1998 = 24,1 Mrd. DM

(187,6 Mrd. DM)

EU-Haushalt/Betrug: 1998 gingen der EU ca. 4 Mrd. EUR (ungefähr 5 % des EU-Haushalts) durch Betrug, Korruption und Schlamperie verloren. Durch Schwarzarbeit, Schwarzhandel und mangelhafte Eintreibung von Steuermitteln, die der EU zustehen, wurden weitere Mindereinnahmen von ca. 22 Milliarden Euro erzielt. ...

Euro: Am 1.1.1999 wurde in elf Ländern der EU (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Er kann bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen bleiben bis 2002 im Umlauf. ...

Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hat. So entspricht ein Euro genau 1,95583 DM. ...

Der Euro sank seit seiner Einführung bis Mitte 1999 von 1,1789 US-Dollar auf unter 1,04 US-Dollar. Gründe waren das fehlende Vertrauen der Finanzmärkte in die stabilitätsorientierte und wachstumsfördernde Politik der elf EU-Staaten. ...

Die Kosten der Euro-Umstellung belaufen sich für die europäischen Unternehmen auf 77 Mrd. Euro, rund 70 % mehr als 1997 geschätzt. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 über den Euro-Verfall (x887/...): >>>**Kränkelnde Frühgeburt**

Warum die Finanzmärkte dem neuen Geld mißtrauen / Scheitern bleibt möglich

von BRUNO BANDULET

Der Euro wird so hart wie die Mark", hatte Theo Waigel den Deutschen immer wieder versprochen. Der Euro sei eine "kränkelnde Frühgeburt", sagte Gerhard Schröder noch vor einem Jahr. Jetzt, ein halbes Jahr nach dem Start der Kunstwährung am 4. Januar, sieht es ganz so aus, als habe Schröder recht behalten. Der Euro wurde schneller schwach, als dies selbst seine schärfsten Kritiker erwartet hätten. In den ersten sechs Monaten verlor er rund 13 Prozent an Wert gegen den amerikanischen Dollar.

Die großspurigen Reden der Politiker, die euphorischen Kommentare der Medien, die optimistischen Prognosen der Banken - all dies hat sich als Selbsttäuschung und bloße Propaganda entpuppt. Keine Rede mehr davon, daß der Euro Wachstum und Arbeitsplätze bringt, daß er Europa politisch stärkt, daß ihm zuzutrauen wäre, die Hegemonie des Dollars zu brechen.

Noch Anfang Januar hatte Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, dem Euro glänzende Aussichten attestiert. Jetzt empfiehlt er, die hochgelobte Währung einfach dem Markt zu überlassen. Sie könne möglicherweise sogar unter die Parität zum Dollar fallen.

Was ist geschehen? Zum einen haben die internationalen Zentralbanken bisher nicht damit begonnen, ihre Reserven von Dollar in Euro umzuschichten. Zum anderen haben offenbar

japanische Großinvestoren schon 1998 - im Vorgriff auf die Europäische Währungsunion - Euro gekauft und sahen sich in den vergangenen Wochen gezwungen, mit Verlust wieder auszustiegen. Die von dem CSU-Politiker Gauweiler als Plastikgeld verhöhlte Währung genießt jedenfalls bisher kein Vertrauen an den internationalen Finanzmärkten.

Dies ist nicht zuletzt die Quittung dafür, daß sich die Beteiligten im Frühjahr 1998, als die "Konvergenz" der Euro-Länder offiziell verkündet wurde, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Eintritt in die Währungsunion erschlichen haben. In Wirklichkeit war es nie gelungen, Schuldenstand und Defizite, aber auch Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in den beteiligten elf Ländern in Einklang zu bringen.

Wie denn auch: Nicht einmal innerhalb der großen europäischen Nationen kann von "Konvergenz" die Rede sein. Zwischen der Lombardei und Apulien, zwischen Katalonien und Andalusien, zwischen dem Norden und dem Süden Großbritanniens liegen - volkswirtschaftlich gesehen - Welten. Und auch in Deutschland ist es nach zehn Jahren Einheit und gigantischen Finanztransfers nicht im geringsten gelungen, in den neuen Bundesländern ähnliche Verhältnisse wie im Westen herzustellen.

Vergeblich war bisher auch die Hoffnung, das über Jahrzehnte erworbene Vertrauenskapital der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank übertragen zu können. Dafür sprechen die europäischen Währungsmanager mit zu vielen Zungen, dafür mischen sich die europäischen Politiker zu oft in die Geldpolitik ein, dafür ist, alles in allem, der Euro noch zu jung. Um Ansehen zu erwerben und Vertrauen aufzubauen, benötigt eine neue Währung Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte. Selbst der Erfolg der Deutschen Mark war zunächst keine ausgemachte Sache. Selbst die Mark hat seit 1948 rund drei Viertel ihrer Kaufkraft verloren.

Das Hauptproblem des Euro ist sein virtueller und staatenloser Charakter. Er ist bekanntlich keine nationale Währung, nicht einmal die Währung eines homogenen Wirtschaftsraumes. Vorerst existiert er nur auf den Computerschirmen, als Monopoly-Geld der Großbanken. Und die Euro-Zone verfügt über keine wirklich aussagekräftigen Geldmengen- und Inflationsstatistiken. Zwar publiziert die Europäische Zentralbank regelmäßig entsprechende Zahlen, aber sie sagen wenig aus. Schon Ende 1998, vor dem Start des in der Finanzgeschichte beispiellosen Experiments, stiegen die Preise in Italien dreimal so schnell wie in Deutschland, und in Portugal wiederum doppelt so schnell wie in Italien.

Schon Lenin erkannte, daß in der Verfügungsgewalt über eine Währung eine ungeheure Machtfülle liegt. Wer aber beherrscht und kontrolliert den Euro? Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet und zugleich ungemein wichtig für die Beurteilung dessen, was bevorsteht.

Bekannt ist, daß die Europäische Zentralbank (EZB) über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, daß sie laut Maastrichter Vertrag (aber nicht unbedingt in der Praxis!) unabhängig von den Regierungen ist und daß die nationalen Zentralbanken alleinige Kapitaleigner der EZB sind.

Bekannt ist auch, daß alle wichtigen Entscheidungen im EZB-Rat fallen und daß diese Entscheidungen vom Direktorium, das die laufenden Geschäfte führt, in praktische Geldpolitik umgesetzt werden. Wer in Frankfurt den Ton angibt, ist freilich immer noch nicht ganz klar. Im EZB-Rat sitzen die Präsidenten von elf nationalen Notenbanken, von denen jede ihre rechtliche Eigenständigkeit bewahrt hat, sowie die sechs Mitglieder des Direktoriums - unter ihnen Präsident Wim Duisenberg aus den Niederlanden und sein französischer Stellvertreter Christian Noyer.

Nun hält zwar die Deutsche Bundesbank mit 31 Prozent den relativ größten Teil des Kapitals der EZB. Die Banque de France liegt an zweiter Stelle und bringt es nur auf 21,3 Prozent. Aber: nach Kapitalanteilen wird nur abgestimmt, wenn es um die Überweisung von Währungsreserven von den Nationalbanken an die EZB oder um Fragen der Gewinnverteilung geht. Ansonsten hat jeder nur eine Stimme. Die Beschlüsse des EZB-Rates werden mit einfa-

cher Mehrheit gefaßt - und die deutschen Vertreter können theoretisch jederzeit überstimmt werden.

Sinnvoll verwaltet werden kann ein derart uneinheitliches Währungsgebiet wie die EU allerdings nur, wenn man sich an den Bedürfnissen der Kernzone - also Deutschlands und Frankreichs - orientiert. Zinsabschlüsse an den wirtschaftlichen Lagen in Portugal oder Irland auszurichten wäre kaum machbar.

In Frankfurt ist denn auch zu hören, daß Duisenberg zwar nach außen hin die Schau dirigiert, daß die Fäden aber von den Deutschen und den Franzosen gezogen werden: von Tietmeyer, der angeblich bald zur Vatikanbank geht, und dem früheren Chefideologen der Bundesbank, Otmar Issing, sowie von Christian Noyer und Jean Claude Trichet, dem Gouverneur der Banque de France, der nach vier Jahren Duisenberg vorzeitig ablösen soll.

Würden die kleineren EU-Staaten im Konfliktfall strikt nach dem Prinzip "eine Nation, eine Stimme" verfahren und auf ihren nationalen Interessen beharren, dann käme es zur ersten großen Euro-Krise. Und würde Frankreich - das ist ebenfalls denkbar - zusammen mit den anderen Romanen die Deutschen überstimmen, dann könnte das ganze Projekt scheitern.

Es kann zwar noch dauern, bis ernsthafte Differenzen sichtbar werden. Aber allein die Tatsache, daß sie in der Konstruktion dieses staatenlosen Geldes von vornherein angelegt sind, muß bei langfristig denkenden Investoren einen erheblichen Rest von Mißtrauen gegen den Euro wachhalten.

Eine andere eingebaute Schwäche der europäischen Währung liegt darin, daß sich die EZB zwar laut Vertrag um Preisstabilität zu kümmern hat, nicht jedoch um Wechselkursvereinbarungen gegenüber Drittwährungen wie Dollar oder Yen. Nur der Ministerrat der EU kann über Zielzonen und Bandbreiten beschließen, konkret also darüber, wo der richtige Kurs des Euro gegen den Dollar zu liegen hat. Die EZB muß dabei nur angehört werden. Wird der EZB aber ein Wechselkursregime aufgezwungen, dann verliert sie leicht die Kontrolle über Geldmengen, Zinsen und Preise. Dann ist ihre vertraglich festgelegte Unabhängigkeit nicht mehr viel wert.

Daß Haushaltsdisziplin und Preisstabilität für manche europäische Politiker kein Evangelium sind, hat sich längst herumgesprochen. Ein typischer Inflationspolitiker war der inzwischen gescheiterte Finanzminister Lafontaine. Der Spiritus rector scheint aber von Anfang an nicht der Saarländer mit dem Napoleonkomplex gewesen zu sein, sondern ein echter Franzose: der Pariser Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, der übrigens fließend deutsch spricht. Strauss-Kahn war es vor allem, der die Etablierung eines mächtigen Gegengewichts zur EZB vorantrieb: der Euro-11-Gruppe.

Zu deren geheimen Sitzungen treffen sich ausschließlich die elf Finanzminister der Euro-Zone mit nur je einem Berater. Ein so kleines Gremium ist selbstverständlich aktionsfähiger als das reguläre Treffen aller 15 EU-Finanzminister, wo einschließlich der Beraterstäbe leicht 100 Teilnehmer zusammenkommen.

Daß der Euro einen schwachen Start hatte und gegen den Dollar abwertete, wird den sozialistischen Politikern Europas, aber auch der Exportwirtschaft keineswegs unrecht gewesen sein. Allerdings gehen die französischen Ambitionen weiter als die deutschen: Paris will den Dollar entmachten.

Dollar-Hegemonie bedeutet, daß die USA alle wichtigen Rechnungen in der Währung bezahlen, die sie selbst drucken, daß die ausländischen Zentralbanken den Großteil ihrer Reserven in Dollar halten und damit Uncle Sam Kredit geben und daß die USA ihre Schulden entweder nie oder nur mit entwerteten Dollars zurückzahlen.

Damit haben die Amerikaner die Möglichkeit, mehr zu konsumieren und zu investieren, als sie verdienen. Sie leben seit langem über ihre Verhältnisse. Sie leisten sich enorme Defizite in der Außenbilanz - Fehlbeträge, die sich bald auf 2.000 Milliarden Dollar angehäuft haben

werden. Amerika ist heute der größte Schuldner der Welt, ohne dafür büßen oder zahlen zu müssen. Ein in der Geschichte einmaliges Privileg, in dessen Genuß nun auch Europas Politiker gerne kommen würden. Erst wenn sich der Euro einen dem Dollar vergleichbaren Status als Weltreservewährung verschafft hat, dann hätte sich eine Einführung - nach dieser Logik jedenfalls - wirklich gelohnt.

Man kann nicht vollständig ausschließen, daß dieses Kalkül am Ende doch aufgeht - dann aber um den Preis eines erbitterten Konflikts zwischen den USA und der EU.

Denn wenn die EZB wirklich auf Dauer eine solide Geldpolitik betreibt, wenn sie das Vertrauen der Finanzmärkte erwirbt oder wenn der Dollar in den Strudel einer großen Finanzkrise gerissen wird - dann könnte sich der Euro irgendwann doch zu einer Alternative zur US-Währung entwickeln. China zum Beispiel ist brennend daran interessiert, seine Abhängigkeit von den USA zu verringern, denn die gewaltigen Dollar-Guthaben Pekings können im Ernstfall jederzeit von der amerikanischen Regierung blockiert werden.

Aber dies alles ist jetzt noch Zukunftsmusik. Bis auf weiteres muß man sich darauf einrichten, daß sich Perioden eines starken Dollar und solche eines festeren Euro einander abwechseln. Papierwährungen sind immer nur relative Größen. Auch der Dollar und der Yen haben ihre fundamentalen Schwächen. Der Londoner Finanzstratege David Roche hatte recht, als er in einer Untersuchung zu dem Schluß kam: "Alle drei großen Währungen der Welt sehen verletzlich aus."

Für die Deutschen, die ein halbes Jahrhundert die Vorteile einer relativen Hartwährung genießen durften, ist das Fazit unerfreulich. Sie mußten aus rein politischen Gründen - wirtschaftlich war der Euro weder notwendig noch sinnvoll - auf ihre bewährte D-Mark verzichten. Im Jahr 2002 sollen sie ihr Bargeld endgültig in eine synthetische Währung umtauschen, die zwar auf lange Sicht möglicherweise nicht schlechter als der Dollar sein wird, aber bestimmt weniger gut als die Deutsche Mark, die für immer mit dem Namen Ludwig Erhards verbunden bleiben wird.

Niemand kann übrigens garantieren, daß der Euro, die kränkelnde Frühgeburt, nicht doch noch scheitert - daß das Experiment abgebrochen werden muß. Dann müssen die Europäer eben wieder zu ihren nationalen Währungen zurückkehren. Ratsam wäre es auf jeden Fall, den für 2002 geplanten Zwangsumtausch um einige Jahre zu verschieben und dem Euro eine längere Probezeit einzuräumen. Man könnte ihn zunächst als Parallelwährung weiterlaufen lassen. Vielleicht wird er im Laufe der Zeit von den Finanzmärkten und den Privatanlegern doch noch akzeptiert. Wenn nicht, wäre dies nicht die erste Währungsunion der Geschichte, die auf Sand gebaut war.

Dr. Bruno Bandulet ist Herausgeber des Finanzdienstes G & M. Von ihm erschienen zuletzt die Bücher "Was wird aus unserem Geld?" und "Tatort Brüssel - Das Geld, die Macht, die Bürokraten".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2000: >>**Verheugen verärgert EU-Spitze**

EU-Kommissar Günter Verheugen hat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung Irritationen ausgelöst. Die EU-Kommission und Bundesregierung distanzieren sich von Verheugens Äußerungen. ...

Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer versicherte in Evian, daß die Vorstellungen Verheugens von der Bundesregierung nicht geteilt werden: "Das ist nicht unsere Position, sondern Verheugens private Meinung." Fischer wies auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Deutschland hin, die ohne eine Verfassungsänderung keine Volksbefragung zulassen.

In der "Süddeutschen Zeitung" hatte Verheugen auch scharfe Kritik am Verfahren der Euro-Einführung geübt: Ich war schon damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für

den Euro zu werben." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. September 2000: >>**Mehrheit der Dänen sagt "Nej" zum Euro**

In Dänemark zeichnete sich am Donnerstagabend eine klare Mehrheit gegen die Einführung des Euros ab. ... Die Wahlbeteiligung betrug rund 80 %.

Die Abstimmung wurde vor allem in Schweden und Großbritannien genau verfolgt, da auch dort Referenden zum Euro anstehen. ...

In Berlin hatte Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) die Dänen aufgefordert, für den Euro zu stimmen. Eichel sagte auf die Frage, was eine Ablehnung der Dänen bedeuten würde: "Europa geht weiter." Die europäische Einigung sei ein unumkehrbarer politischer Prozeß.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 2000: >>**EU hilft mit Milliarden**

Die Europäische Union hat eine Milliardenhilfe für den Balkan beschlossen und will den seit dem Zerfall des alten Jugoslawiens weitgehend isolierten Ländern langfristig eine Perspektive für die Mitgliedschaft anbieten. Das beschlossen die EU-Außenminister auf einer Ratstagung in Brüssel. Der Aufbau in der Region soll bis 2006 mit 4,6 Millionen Euro unterstützt werden. ...<<

Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

Der Euro wurde am 28. Februar 2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**

Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. Aus der Agrar- und Fischereipolitik, aber auch aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte Großbritannien aussteigen. Die britische Handelspolitik sollte ihr Land nach Meinung Thatchers wieder selbst in die Hand nehmen.

Sie schlägt weiter vor, daß Großbritannien der Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) beitreten sollte. Das wiederum ließe sich nur schwer mit einer EU-Mitgliedschaft vereinen. Thatcher schreibt es nicht ausdrücklich, aber das würde vermutlich bedeuten, daß Großbritannien aus der EU austritt. "Es wird oft gesagt, es sei undenkbar, daß Großbritannien die Europäische Union verläßt", schreibt die Frau, die von 1979 bis 1990 ihr Land regierte. Doch man solle diesen Gedanken nicht ausweichen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 30. Januar 2003: >>**Europa - Amerika: Warme Brüder und EU-nuchen**

Alle reden vom Anti-Amerikanismus der Europäer. Aber was ist eigentlich mit dem Anti-Europäismus der Amerikaner? Beobachtungen im transatlantischen Streit der Vorurteile

Von T. Garton Ash

Zur Einstimmung zwei Beispiele: "Auf die Liste der politischen Gebilde, die ausersehen sind, im Urinal der Geschichte runtergespült zu werden, müssen wir auch die Europäische Union und Frankreichs Fünfte Republik setzen. Die Frage ist nur, wie unerquicklich ihre Auflösung werden wird" (Mark Steyn, *Jewish World Review*, 1.5.2002). Oder: "Wollen Sie wissen, was ich wirklich über die Europäer denke? Ich denke, sie haben sich in jeder wichtigeren internationalen Frage der letzten 20 Jahre geirrt" (Martin Walker, *UPI*, 13.11.2002).

Ob in Boston, New York, Washington, in Kansas oder im Bibelgürtel: Wenn von Europa und den Europäern die Rede ist, kommt Gereiztheit auf. Sie übertrifft die letzte Verstimmung in den frühen achtziger Jahren bei weitem. Um "die Europäer" oder auch "die Euros", "die Euro-iden", die "Eurowürstchen" anzuprangern, taucht man die Schreibfedern in Säure. Richard Perle, Vorsitzender des Defense Policy Board und ein führender Theoretiker der Bush-Regierung, bemängelt, Europa habe seinen "moralischen Kompaß" verloren.

Europäer gelten als Weichlinge, schwach, querulantisch, heuchlerisch, zerstritten, zuweilen antisemitisch. Zu oft erweisen sie sich als antiamerikanische Beschwichtiger. Sie sind halt "Eurowürstchen". Sie haben ihre Werte in multilateralen, transnationalen, säkularen und postmodernen Spielereien verloren. Statt für Verteidigung geben sie ihre Euros für Wein, Urlaub und aufgeblähte Wohlfahrtsstaaten aus. Und dann johlen sie von den Zuschauerrängen, während die USA das schwierige und schmutzige Geschäft erledigen, in der Welt für Sicherheit zu sorgen - auch für die Europäer. Die Amerikaner dagegen sind starke, prinzipiengeleitete Verteidiger der Freiheit, aufrecht im Dienst für das Vaterland, den letzten wahrhaft souveränen Nationalstaat der Welt.

Die Achse der Beschwichtigung

Die sexuelle Konnotation dieser Stereotypen wäre eine Untersuchung wert. Sehen antiamerikanische Europäer "die Amerikaner" als tyrannische Cowboys, so sehen antieuropäische Amerikaner "die Europäer" als warme Brüder. Der Amerikaner ist ein viriles, heterosexuelles Mannsbild, der Europäer ist weiblich, impotent oder kastriert. Vor allem militärisch kriegen die Europäer keinen hoch.

Das Wort "Eunuchen" findet auch in der Form "EU-nuchen" Verwendung. Die sexuelle Metaphorik schleicht sich sogar in durchdachtere Darstellungen der europäisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten ein. Unter dem Titel *Macht und Schwäche* schrieb Robert Kagan einmal in der *Policy Review*: "Amerikaner sind vom Mars, Europäer von der Venus." Er zitierte damit den Bestseller, der das Verhältnis der Geschlechter auf die Formel gebracht hatte, Männer seien vom Mars, Frauen von der Venus.

Die schlimmsten Beschimpfungen sind für die Franzosen reserviert. Der alte englische Zeitvertreib des Franzosenschmähens drang in die amerikanische Populärkultur ein. Unter amerikanischen Jugendlichen grassiert ein seltsames Vorurteil: Die Franzosen waschen sich nicht. "Ich fühlte mich ganz schön schmutzig", erzählte eine Studentin von ihrer Frankreich-Reise. "Trotzdem warst du immer noch sauberer als die französischen Typen", fügte ein anderer hinzu. Der Herausgeber von *National Review Online* und selbst ernannte konservative "Frosch-Verächter" Jonah Goldberg hat die Bezeichnung der "Käse fressenden Äffchen mit Totstellreflex" populär gemacht, die schon in einer Folge der *Simpsons* auftauchte.

Der amerikanische Antieuropäismus ist jedoch nicht mit dem europäischen "Antiamerikanismus" identisch. Man muß zwischen einer legitimen und informierten Kritik an der EU und einer tiefer sitzenden, eingefleischten Feindseligkeit gegenüber Europa unterscheiden. So wie amerikanische Journalisten zwischen legitimer, informierter europäischer Kritik an der Bush-Regierung und Antiamerikanismus oder auch zwischen legitimer europäischer Kritik an Schavons Regierungspolitik und Antisemitismus unterscheiden sollten - was sie aber oft nicht tun. Die Frage lautet jedenfalls: Wo verläuft die Grenze?

Wir müssen uns vor allem Sinn für Humor bewahren. Ein Grund, warum die Europäer gern über George W. Bush lachen, sind seine lustigen Äußerungen (oder angeblichen Äußerungen). Zum Beispiel: "Das Problem mit den Franzosen ist doch, daß sie kein Wort für *Entrepreneur* (Unternehmer) haben." Die Amerikaner wiederum lachen auch deshalb gern über die Franzosen, weil es in einer langen angelsächsischen Tradition des Spottens steht, die bis Shakespeare zurückreicht. Doch auch das ist nicht ohne. Konservative beleidigen manchmal humorvoll, halb ernst oder ziemlich ernst.

Wenn man protestiert, antworten sie: "Das war natürlich nur ein Scherz!" Humor arbeitet mit der Übertreibung und spielt mit Stereotypen. Doch würde man lachen, wenn ein europäischer Journalist "die Juden" als "Matzen fressende Äffchen mit Totstellreflex" bezeichnete? Der Kontext ist selbstverständlich ein anderer: Einen Völkermord an den Franzosen hat es in den USA nicht gegeben. Das Gedankenexperiment gibt dennoch zu denken.

Der Antieuropäismus bildet keine Parallele zum Antiamerikanismus. Das Leitmotiv des Antiamerikanismus ist mit Neid durchsetzter Groll; die des Antieuropäismus mit Verachtung durchsetzte Gereiztheit. Antiamerikanismus ist für einzelne Länder geradezu eine Obsession - besonders für Frankreich. Der Antieuropäismus ist weit davon entfernt, eine amerikanische Obsession zu sein. Tatsächlich ist die am weitesten verbreitete amerikanische Haltung gegenüber Europa eine leichte, wohlwollende Gleichgültigkeit, untermischt von beeindruckender Unwissenheit.

Europa ist selbst denjenigen, die den Kontinent gut kennen, seit dem Ende des Kalten Kriegs gleichgültiger geworden. Europa wird weder als starker Verbündeter noch, wie China, als ein ernst zu nehmender Konkurrent angesehen. "Europa ist ein Altersheim" oder, wie der Experte der Konservativen, Tucker Carlson, in einer politischen Talkshow auf CNN meinte: "Wen schert es, was die Europäer denken? Die EU vertut ihre Zeit damit, dafür zu sorgen, daß britische Wurst in Kilo und nicht in Pfund verkauft wird. Der ganze Kontinent ist für amerikanische Interessen zunehmend irrelevant."

Amerikanische Kritiker Europas stehen Europa jedoch keineswegs gleichgültig gegenüber. Sie kennen Europa - anscheinend hat die Hälfte von ihnen in Oxford oder Paris studiert - und beeilen sich stets, ihre europäischen Freunde zu erwähnen. Wie die europäischen Kritiker der USA immer heftig bestreiten, daß sie antiamerikanisch eingestellt seien ("Verstehen Sie mich nicht falsch, ich liebe das Land und die Leute"), bestehen auch die Amerikaner ausnahmslos darauf, daß sie überhaupt nicht antieuropäisch seien.

Antiamerikanismus und Antieuropäismus sind Pole des politischen Spektrums. Der europäische Antiamerikanismus findet sich hauptsächlich auf der Linken, der amerikanische Antieuropäismus auf der Rechten. Die meisten amerikanischen Europa-Kritiker sind Neokonservative und benutzen gegen Europa dieselbe Kampfrhetorik wie gegen Liberale. William Kristol, einer dieser Neokonservativen, macht "eine Achse der Beschwichtigung" aus, "die sich von Riad bis Brüssel und hin zum Foggy Bottom (Außenministerium) erstreckt".

Es gibt zwei Gruppierungen, die um Präsident Bushs Gehör in der Irak-Frage konkurrieren: die "Cheney-Rumsfeld-Gruppe" und die "Powell-Blair-Gruppe", die eine radikal, die andere etwas gemäßigter. Für atlantisch orientierte Europäer ist das aber kein Trost, denn selbst unter den liberalen Europa-Kennern des Außenministeriums herrscht herbe Enttäuschung über Europa. Ihr Schlüsselerlebnis war Europas entsetzliche Unfähigkeit, den Genozid an einer viertel Million bosnischer Muslime auf dem Balkan zu verhindern. Europa kann nicht einmal seine Außen- und Sicherheitspolitik koordinieren, so daß selbst ein Streit zwischen Spanien und Marokko um eine unbewohnte Insel von Colin Powell geschlichtet werden mußte.

Kein Respekt vor den Griechen

Es gab immer eine starke Strömung des Antieuropäismus in den USA. "Amerika wurde als Gegenmittel zu Europa geschaffen", stellt Michael Kelly, der ehemalige Herausgeber des *Atlantic Monthly*, fest. Für Millionen Amerikaner war Europa im 19. und 20. Jahrhundert der Ort, dem man entfloh. Trotzdem war Europa auch Gegenstand dauernder Faszination. Vor allem zwei europäischen Ländern wollte man nacheifern und sie übertreffen - England und Frankreich. "Jedermann hat zwei Länder", sagte Thomas Jefferson, "sein eigenes und Frankreich." Wann sind die USA von dieser sympathischen Überzeugung abgekommen?

Fünfzig Jahre lang, von 1941 bis 1991, führten Amerikaner und Westeuropäer Krieg gegen einen gemeinsamen Feind: zuerst gegen den Nationalsozialismus, dann gegen den Sowjet-

kommunismus. Das war die Glanzzeit des geopolitischen "Westens". Während des Kalten Kriegs kam es allerdings auch zu transatlantischen Spannungen. Einige der heutigen Stereotypen bildeten sich in den Kontroversen der achtziger Jahre um die Aufstellung von Cruise-Missiles und Pershings - und um die amerikanische Außenpolitik in Zentralamerika und Israel.

Der Australier Owen Harries sah vor fast zehn Jahren in einem Artikel in *Foreign Affairs* etwas vorher, dessen Zeugen wir womöglich jetzt sind: den Niedergang "des Westens", jenes Westens als einer verlässlichen geopolitischen Achse, die mit dem Verschwinden eines gemeinsamen Feindes zerbricht. Europa war die Hauptbühne des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Kriegs, es ist nicht der Mittelpunkt des "Kriegs gegen den Terrorismus".

Die Machtücke ist größer geworden. Die USA sind nicht nur die einzige Supermacht der Welt. Sie sind eine Hypermacht, deren Militärausgaben bald das Volumen der 15 nach ihr mächtigsten Staaten insgesamt erreicht haben werden. Die EU hat ihre vergleichbare ökonomische Stärke nicht annäherungsweise in militärische Stärke oder außenpolitischen Einfluß umgesetzt.

Folgt man Robert Kagan, dann bewegt sich Europa in eine kantianische Welt der "Gesetze und Regeln und transnationalen Verhandlungen" hinein, wohingegen die USA in einer hobbeschen Welt verharren, in der internationale (auch liberale) Ziele nach wie vor durch militärische Stärke errungen werden. Stimmt das?

Kagan rückt Europa in allzu günstiges Licht. Seine Formel hebt etwas in den Rang einer überlegten, geschlossenen Konzeption, was in Wirklichkeit Folge konfusen Herumexperimentierens und nationaler Unterschiede ist. Weitere Frage: Möchten Europäer und Amerikaner, daß Kagans These zutrifft? Die Antwort scheint "ja" zu lauten, denn nicht wenige amerikanische Ideologen liebäugeln damit, während nicht wenige europäische Ideologen gern von sich glauben machen, sie seien immer schon "Kantianer" gewesen. Die Rezeption von Kagans These ist also Teil ihrer eigenen Geschichte.

Da die EU vor ihrer Erweiterung nach einer klareren Identität sucht, ist die Versuchung groß, sich im Kontrast zu definieren: Europa klärt sein Selbstbild, indem es auflistet, worin es sich von Amerika unterscheidet. Den Amerikanern gefällt es aber nicht, als das "Andere" bestimmt zu werden (wem gefällt das schon?). Frankreich und die USA sind die Nationen, die sich beide als Träger einer Mission in Sachen Universalismus und Zivilisation betrachten. Es gibt eine nicht unbedingt französische, aber europäische Version dieser Mission, ein "EU-topia" der transnationalen, im Recht begründeten Integration, und die kollidiert derzeit äußerst heftig mit der neuesten Version einer amerikanischen Mission.

Jede Seite glaubt, ihr Modell sei besser. Dies gilt nicht nur für die konkurrierenden Modelle der internationalen Politik, sondern auch für die Modelle des demokratischen Kapitalismus: Es betrifft die unterschiedlichen Anteile von freiem Markt und Wohlfahrtsstaat, von individueller Freiheit und sozialer Solidarität. Das amerikanische Mißtrauen gegenüber Europa war im 19. und 20. Jahrhundert noch mit Bewunderung und Faszination gemischt. Es gab einen kulturellen amerikanischen Minderwertigkeitskomplex. Diesen Minderwertigkeitskomplex gibt es kaum noch. Er hat sich seit dem Ende des Kalten Kriegs verflüchtigt. Das neue Rom verspürt keine Ehrfurcht mehr vor den alten Griechen.

Die Differenz wurde nach dem Fall der Berliner Mauer acht Jahre lang durch den Ehren-Europäer im Weißen Haus, durch Bill Clinton, verdeckt. 2001 indessen zog George W. Bush, das Geschenk für jeden anti-amerikanischen Karikaturisten, mit einer unilateralen Agenda in das Weiße Haus ein, bereit, gleich mehrere internationale Abkommen über Bord zu werfen. Nach dem 11. September definierte er seine Präsidentschaft als eine Präsidentschaft in Kriegszeiten. Der "Krieg gegen den Terrorismus" verstärkte die Tendenz in der republikanischen Elite, an eine, wie Robert Kaplan sagt, "Kriegerpolitik" zu glauben, mit einem kräftigen

Schuß fundamentalistischen Christentums - etwas, das dem säkularisierten Europa abgeht.

Nahostkonflikt als Wurzel

Die amerikanische Frage an die Europäer lautet also: "Seid ihr mit uns in den Schützengräben oder nicht?" Zuerst war die Antwort ein lautes Ja. Jeder kennt die Überschrift von *Le Monde*, *Wir alle sind Amerikaner*. Doch eineinhalb Jahre später ist Tony Blair das einzige europäische Staatsoberhaupt, von dem die Amerikaner glauben, er liege mit ihnen im Graben. In Washington haben viele den Eindruck, daß die Franzosen zu ihren alten antiamerikanischen Einstellungen zurückgekehrt sind und daß der deutsche Kanzler Gerhard Schröder seine Wiederwahl im September 2002 nur durch zynische Ausnutzung antiamerikanischer Reflexe gewann.

Wann und wo haben sich europäische und amerikanische Ansichten endgültig voneinander entfernt? Mit der Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts im Nahen Osten. Der Nahe Osten ist Quelle wie Katalysator für das, was eine Abwärtsspirale des europäischen Antiamerikanismus und des beginnenden amerikanischen Antieuropäismus zu werden droht. Der Antisemitismus in Europa und seine offensichtliche Verbindung mit der Kritik an Scharons Regierungspolitik ist von konservativen Kolumnenschreibern und Politikern in den USA mit ätzenden Kommentaren gewürdigt worden.

Einige dieser Kritiker sind selbst nicht bloß stark pro-israelisch, sondern auch "natürliche Likud-Anhänger", wie ein liberaler jüdischer Journalist das nannte. Pro-palästinensische Europäer, die aufgebracht sind, daß ihre Kritik an Scharon als Antisemitismus etikettiert wird, sprechen von einer mächtigen "jüdischen Lobby" in den USA. Das wiederum bestätigt den schlimmsten Verdacht amerikanischer Likud-Anhänger, was den europäischen Antisemitismus betrifft. Und so geht es immer weiter.

Neben dem Gewirr der Vorurteile gibt es natürlich auch reale europäisch-amerikanische Unterschiede in der Sicht auf den Nahen Osten. Europäische Ideologen denken oft, eine Verhandlungslösung des israelisch-palästinensischen Konflikts trüge mehr zu einem langfristigen Sieg über den Terrorismus bei als ein Krieg gegen den Irak. Wichtiger ist hier aber, daß der Kalte Krieg Amerika und Europa zusammengeführt hatte, sie der "Krieg gegen den Terrorismus" im Nahen Osten jedoch auseinander bringt. Nüchtern betrachtet, ist diese Uneinigkeit dumm. Europa mit seiner wachsenden islamischen Bevölkerung hat ein vitaleres Interesse an einem friedlichen, wohlhabenden und demokratischen Nahen Osten, als es die USA haben. Augenblicklich scheint es, als würde ein neuer Golfkrieg die Kluft zwischen Europa und Amerika noch vergrößern.

Und selbst wenn es zu keinem Krieg kommen sollte, kann der Nahe Osten weiterhin den Strudel bilden, in dem ein wirklicher oder angeblicher europäischer Antiamerikanismus einen wirklichen oder angeblichen amerikanischen Antieuropäismus anheizt, der wiederum weiteren Antiamerikanismus hervorruft - und beide von Vorwürfen eines europäischen Antisemitismus verschärft werden.

Eine Änderung ließe sich durch Anstrengungen auf beiden Seiten des Atlantiks - oder durch einen Regierungswechsel in Washington im Jahr 2005 oder 2009 herbeiführen. Zuvor kann jedoch großer Schaden angerichtet werden, und die derzeitige transatlantische Entfremdung ist auch Ausdruck der erwähnten tiefer reichenden historischen Trends. Der amerikanische Antieuropäismus existiert, und seine Boten sind vielleicht die Schwalben eines langen, schlechten Sommers.

Der englische Historiker Timothy Garton Ash lehrt in Oxford und wurde bei uns durch seine Bücher über das Ende des Ostblocks bekannt.<<

Am 1. März 2003 fand in Brüssel die offizielle Eröffnungssitzung des Konvents für die Erstellung einer europäischen Verfassung statt.

In Athen unterzeichneten am 16. April 2003 die 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der zehn Beitrittsländer (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei,

Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern) die Beitrittsverträge.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 26. Juli 2003 (x887/...): >>**Hintze: Duckt Euch!**

Kohls Ex-General fordert Kontinuität in der Mißachtung deutscher Interessen

... Da geht der deutsche Wähler davon aus, daß seine Regierungen bei internationalen Verhandlungen die Interessen Deutschlands wahrnehmen, und nun müssen wir hören, daß tatsächlich alle Bundesregierungen stets alles geschluckt haben, was das Ausland von ihnen forderte. Denn nichts anderes bedeutet doch die Darstellung des Pfarrers Hintze, der auch niemand in der Christiansen-Runde widersprach - im Gegenteil nickten alle verständnisvoll mit dem Kopf.

Dann leuchtet es auch ein, warum die Bundesrepublik mit riesigem Abstand die höchsten Netto-Zahlungen an die Europäische Union zu leisten hat, nämlich in diesem Jahr beispielsweise 14,7 Milliarden Euro, das sind 22,7 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Davon versorgt sich zunächst einmal der EU-Verwaltungsapparat, um dann den Rest an andere Staaten zu verteilen, so zum Beispiel an Griechenland, an Portugal, an Spanien und an Irland (dem es inzwischen wirtschaftlich weitaus besser geht als Deutschland).

Dann wird auch verständlich, warum unser Land die dritthöchsten Beiträge an die Uno zu entrichten hat, warum Bundeswehrsoldaten nahezu in aller Welt die Köpfe bei internationalen Konflikten hinhalten müssen bei Einsätzen, deren Kosten inzwischen in die Milliarden gehen. Und so geht es beliebig weiter. Offenbar "wegen der deutschen Vergangenheit" schlossen wir mit allen möglichen Ländern Sozialabkommen, die zum Beispiel zur Folge haben, daß in Deutschland lebende Ausländer in der Krankenversicherung erhebliche Vorrechte gegenüber deutschen Versicherten haben.

Wenn Ausländer in Deutschland krankenversichert sind, gleichgültig ob sie arbeiten, ob sie arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger sind, dann sind automatisch kostenlos auch ihre Familienangehörigen in den Heimatländern mitversichert, und der Begriff der Familie wird nach der jeweiligen ausländischen Rechtslage ausgelegt. In der Türkei gehören zur Familie auch die Eltern des in Deutschland Versicherten sowie dessen Geschwister. Deren Behandlung in der Türkei hat die deutsche Versicherung zu finanzieren! "Die deutsche Vergangenheit" ist offenbar auch die Ursache für die unvergleichlich großzügige deutsche Asylregelung. In kein anderes Land sind, zumal wenn man es umrechnet auf die Bevölkerungsgröße, so viele Ausländer geströmt wie in die Bundesrepublik. Das hat dann zur Folge, daß etwa ein Viertel der Ausländer Sozialhilfe oder ähnliche staatliche Leistungen bezieht; das waren 2001 über 600.000. Und das bei einem Ausländeranteil, der nicht einmal neun Prozent ausmacht.

Wie Deutschland gemolken wird und mit welcher Großzügigkeit unsere Regierungen die Steuergelder "aufgrund unserer Vergangenheit" verschleudert, das mag etwa aus dem kürzlich zu Tage getretenen Wahnsinn hervorgehen, daß aus deutschen Steuergeldern alljährlich 25.000 Euro zur Finanzierung der Love Parade nach Mexiko-Stadt überwiesen werden.

Deutschland läßt sich permanent "mit unserer Vergangenheit" erpressen, und keine Regierung wagt Widerstand. Und wenn Kanzler Schröder das tut, was an seiner Stelle jeder andere Regierungschef auch getan hätte, nämlich seinen Urlaub absagt, nachdem sein Land massiv beleidigt worden war, dann deutet das Pfarrer Hintze als Bruch des Konsenses deutscher Katzbuckelei. Der deutsche Wähler hat diesen Mechanismus noch nicht begriffen. Er mag sich zwar wundern, daß ein an sich wohlhabendes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft pleite ist, doch führt er das auf undurchschaubare und nicht zu ändernde internationale Gesetzmäßigkeiten zurück. Nur in seltenen Fällen legt jemand den Finger in die Wunde wie am 18. dieses Monats in der FAZ der namhafte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke.

Der Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke schreibt: "Die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit hängen bei allen son-

stigen Problemen auch mit dem hohen Nettobeitrag zusammen" (den Deutschland an die EU zahlen muß). Und, so sei ergänzt, die exorbitanten Zahlungen wiederum werden begründet mit "der deutschen Vergangenheit."

Natürlich bekämpfen alle, die von der angeblichen Einmaligkeit der deutschen Verbrechen profitieren, jeden Versuch, die damaligen Ereignisse auf ihr wirkliches Ausmaß zurückzuführen, würde ihnen doch durch die Aufklärung die Waffe aus der Hand geschlagen, mit der sie uns erpressen. Das kann aber nicht hindern, die Bemühungen sachlich fortzusetzen.

Man stelle sich vor, daß etwa die Regierung der USA mit gebeugtem Haupt in internationale Verhandlungen ginge, weil das moderne Amerika nur entstehen konnte, nachdem man die Urbevölkerung ausgerottet hatte, oder daß die Briten von Reue über die Unmengen von Blut geschüttelt wären, die ihr gewaltiges Kolonialreich gekostet hat, oder daß Putin die Interessen Rußlands hintan stellt angesichts der 80 Millionen Toten, die sein Land zur Zeit der bolschewistischen Herrschaft verursacht hat. Niemand erwartet das von ihnen.

So mögen endlich auch die Deutschen wieder zur selbstbewußten Nation werden.<<

Am 13. Dezember 2003 scheiterten in Brüssel die Verhandlungen über die europäische Verfassung.

Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.

Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigten sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sah in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezog sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".

Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten am 29. Oktober 2004 in Rom die Europäische Verfassung.

Am 29. Mai 2005 lehnten die Franzosen (55 %) die Europäische Verfassung während einer Volksabstimmung ab.

Die Niederländer stimmen am 1. Juni 2005 ebenfalls mehrheitlich (61,5 %) gegen die Europäische Verfassung. Nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden geriet der Ratifizierungsprozeß in den anderen EU-Mitgliedstaaten ins Stocken. Die Europäische Union überlegte danach, wie sie die Europäische Verfassung retten konnte, die von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden mußte.

Der Europäische Rat beschloß am 3. Oktober 2005 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Bulgarien und Rumänien traten am 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.

Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die 27 EU-Staaten den Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag sollte die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.